



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

E.: Aus Baiern.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Theil seiner archäologischen Studien und Zeichnungen, darunter besonders Copien der Gemälde des Michael Wolgemut am Hauptaltar der Elisabeth-Kirche zu Roschan, auch Aufnahmen alter Gebäude u. A. ausgestellt.

Die von den Schweizer Gelehrten ausgestellten Gegenstände aus den Pfahlbauten sind gewiß sehr interessant, sind ohne die eingehendste Erklärung jedoch absolut unverständlich.

Rußland hatte ein altes Porzellan, einen Gobelin u. A., die Türkei Waffen, Stückwaaren zc. und Japan ebenfalls alte Waffen und Geräthe aus Bronze gesendet. B—au.

Mus Baiern.

Mit der Einberufung des Landtags sind die verschiedenen Strömungen, die seit anderthalb Jahren Baiern bewegten, wieder auf den parlamentarischen Boden concentrirt, und die Entwicklung der bairischen Politik steht damit jedenfalls vor einem neuen Wendepunkt. Denn nach welcher Seite sich auch die Entscheidungen des Hauses neigen mögen, ein Stillstand, ein Beharren in dem jetzigen Stadium ist unmöglich.

Ehe wir indessen auf die Thätigkeit des Landtages selber eingehen und die Gesichtspunkte auseinandersetzen, die uns dabei maßgebend erscheinen, möchten wir einen kurzen Blick auf die Lage werfen, wie sich dieselbe in den jüngsten Monaten vor der Session gestaltet hat.

Ohne Zweifel darf man sie im Großen und Ganzen als eine günstige bezeichnen, schon deshalb, weil auf den verschiedensten Gebieten sich eine gewisse Rührigkeit bemerkbar machte, die wenigstens das politische Bewußtsein schärft. In den Regierungskreisen waren es vor Allem administrative Maßregeln, die große Tragweite gewannen, so daß die bekannte Verordnung über die Reform der Volksschulen (d. d. 29. August) in welcher das Princip zur vollen Geltung kam, daß die Schule eine politische, nicht eine religiöse Anstalt sei. Ähnlich war der Bescheid, den einzelne Stadtgemeinden vom Ministerium erhielten, als sie gemischt confessionelle Schulen einführten, mit einem Worte, gerade auf dem Gebiet des Unterrichts war die Regierung besser als ihr Ruf. Eine ähnliche Maßregel, die selbst nachträglich noch Beachtung verdient, war das Verbot an bairische Priester, das bekannte Collegium Romanum zu besuchen, das als eigentliche Schule jesuitischer Agitation gilt; nicht minder war man darauf bedacht, den Vollzug des Je-

suitengesetzes zu sichern, indem man den Redemptoristen die Wege wies und die Kreisbehörden beauftragte, eine Statistik der in Baiern bestehenden Klöster herzustellen, speziell unter dem Gesichtspunkt, welche Verwandtschaft die einzelnen Orden mit den Jesuiten besitzen. Daß diese Maßregeln von wirklicher Bedeutung waren, das zeigen am besten die dringenden Petitionen, die in diesem Betreff der allerhöchsten Stelle zukamen; eine derselben ging vom katholischen Wandervereine, eine andere von den bairischen Bischöfen aus und beiden lag es hauptsächlich daran, das Institut der sogenannten armen Schulschwestern sicher zu stellen. Auch auf dem Gebiete des akademischen Lebens, das ja von den Klerikalen mit Argusaugen bewacht wird, erwies sich die Regierung liberal; so hatte sie z. B. die Förmlichkeiten der Habilitation bedeutend erleichtert und einen Mann von so ausgesprochener Richtung wie Holzendorf berufen. Die Rektorwahl war im Sinne der Majorität erfolgt und in das Budget stellte man eine bedeutende Erhöhung für academische Zwecke ein, kurzum wenn auch noch vieles zu wünschen übrig blieb, so war doch Manches von oben herab geschehen.

Neben dem was die Regierung that, verfolgten beide Parteien mit Energie ihr Ziel. Der nationalen Majorität des Landes war der Besuch des Kronprinzen eine willkommene Gelegenheit, um ihre Gesinnung an den Tag zu legen, denn wenn sich derselbe auch jeden officiellen Empfang „verbeten“ hatte, so war doch die Aufnahme, die er bei der Bevölkerung fand, die herzlichste. Nicht nur die Truppen, die er inspicierte und die sich mittlerweile nach preussischem Muster uniformirt hatten, begrüßten ihn als ihren einstigen siegreichen Führer, sondern auch das Bürgerthum der fränkischen und schwäbischen Städte, auf welche sich diesmal die Inspektion beschränkte, äußerte offenen Jubel.

Wichtig war für die liberale Partei nicht minder der inzwischen abgehaltene Congreß in Constanz, sowie die schon vorher erfolgte Wahl des Prof. Reinkens zum altkatholischen Bischof. Beide boten einen schlagenden Beleg, daß diese Bewegung, der man Anfangs kaum eine Dauer von sechs Wochen gönnen wollte, eben doch ihre Wurzeln im Volke schlägt, beide bieten einen mächtigen Hebel dar, um die Regierung im Kampf gegen die Ultramontanen zu unterstützen — wenn sie Muth genug zu diesem Kampfe hat.

Solchen Anstrengungen gegenüber blieben die Klerikalen nicht zurück, vor Allem betrieben sie in Baiern mit besonderer Sorgfalt die Organisation ihrer Kräfte. In München selbst war eine Versammlung des bekannten Wandervereins gehalten worden, die zwar mehr Eifer als Erfolg entwickelte; in Deggendorf, das durch den bekannten Judenmord seine Berühmtheit erlangte, hielt der kath. „Bauernverein“ eine Zusammenkunft und dabei Revue

über seine Macht. Fast sämtliche Manifestationen, die bei dieser Gelegenheit zu Tage traten, zeichneten sich jedoch durch die rücksichtsloseste Betonung des römischen Standpunktes aus, wie ja der Verein selbst seine „patriotische“ Eigenschaft bereits vor Jahren aufgegeben und sich nur noch den „katholischen“ Interessen gewidmet hat. Wie Augenzeugen versichern, bot der Verlauf der Verhandlungen ein volles Bild für jenen Terrorismus dar, womit die klerikalen Massen geleitet werden; die Resolutionen, die dabei zur Annahme gelangten, enthalten in schroffster Weise das Programm der Rechten. Selbst Leute, die keineswegs zu liberalen Tendenzen neigen, haben sich äußerst abfällig über diese Methode ländlicher Beunruhigung ausgesprochen, ja ein Besucher, der mit der Absicht hinkam, dem Vereine beizutreten, erklärte sogar in öffentlichen Blättern, daß er nur mit dem größten Widerwillen gegen dies Getriebe die Stadt verlassen habe. Uebrigens hat die klerikale Partei in jüngster Zeit auch noch manche moralische Niederlage anderer Art erlebt, die zahlreichen Kriminalproceffe, die gegen Geistliche geführt wurden, die brutale Polemik, welche immer wieder im geistlichen Lager losbrach und die odiossten Personalien, womit sich die Parteipresse beschäftigte, trugen nicht dazu bei, ihr Ansehen bei Freund und Feind zu steigern. Trotz alledem aber fühlte sie sich stark und sicher im Glauben an ihren Beruf und im Bewußtsein ihrer Majorität; bis der Landtag kam und mit einemmale diese Illusionen vernichtete.

Die Ursache, warum derselbe später berufen ward, als dies verfassungsmäßig hätte geschehen müssen, ist bekannt genug und fand auch von keiner Seite einen Widerspruch. Um übrigens ihre Stellung vollkommen zu salviren, hatte sich die Regierung ein Gutachten des obersten Medicinalcollegiums erstatten lassen. Statt am 1. October fand somit die Eröffnung erst am 4. November statt.

Sie wurde mit all jenen Hoffnungen und Befürchtungen begangen, welche durch die abnorme Zusammensetzung des Hauses gerechtfertigt waren, auch die Scharfsichtigsten vermochten ja nicht zu sagen, welche Wendung die Dinge nehmen würden, welche Entscheidungen die beginnende Session in ihrem Schoße barg.

Bald indessen klärte sich die Lage. Der entsetzliche Terrorismus, welchen Rom seit anderthalb Jahren in Deutschland übt, die Krisis der deutschen Kirchenpolitik und die Rücksichtslosigkeit, womit alle Gemäßigten im geistlichen Lager behandelt werden, hatte wohl ein Häuflein muthiger Männer bewogen, sich auch äußerlich von der ultramontanen Partei zu trennen und eine „freie Vereinigung“ zu bilden, deren 6 Stimmen in den meisten Fällen den Liberalen gesichert sind.

Damit war die ultramontane Mehrheit durchbrochen, es wurde zu-

nächst ein Zustand der Stimmgleichheit herbeigeführt, der aber durch die Krankheit von drei Clerikalen das Uebergewicht der Linken ergab.

Diese selbst war von der günstigen Aenderung ganz überrascht; an Stelle des Compromisses, das sie vergeblich angeboten, hatte sie jetzt den Sieg und Stauffenberg war Präsident.

Daß eine Lage, bei welcher der Zufall solche Entscheidungen fällt, nicht eben gesund ist, wird freilich Jedermann zugeben, aber immerhin war es klug und richtig, wenn man wenigstens den Vortheil acceptirte, den sie bot.

So stand denn schon auf der ersten Tagesordnung ein Antrag von eminenter Bedeutung, denn es schien dringend nöthig, die Stellung Baierns zur Rechtseinheit endlich klar zu machen. Obwohl die Regierung der Ansicht ist, daß ihr Votum im Bundesrath keineswegs von der jeweiligen Ermächtigung der Landeskammern abhängt, so war es doch ihr Wunsch, in einer so wichtigen Frage wenigstens die Meinung derselben zu hören und den Ministern konnte es nur willkommen sein, wenn der Anstoß hiezu aus den Reihen des Hauses selber hervorging. Diesen Zweck erfüllte der Antrag der Abg. Herz und Böck, mit welchem die Aktion der Kammern inaugurirt ward und der sofort den Gegenstand des heftigsten Kampfes bildete. Denn alles was auch nur einen Schritt weiter in die deutsche Einheit hineinführt, ist ja den Clerikalen ein Schrecken, mit allen möglichen Mitteln suchte man den Antrag bei Seite zu schieben, zunächst, indem man ihn als Initiativantrag behandeln wollte und dann, indem der Abg. Jörg den dilatorischen Versuch machte, die Entscheidung einer eigenen Commission zu überweisen. Aber jede Ausflucht schlug fehl, weder die elegischen Worte Kuland's, noch die juristischen Deduktionen Schüttinger's vermochten gegen die gesunde Meinung aufzukommen, daß es sich einfach darum handle, eine nothwendige Verbesserung unseres Rechtslebens herbeizuführen und Baiern vor der Gefahr einer Isolirung zu bewahren. Die Erfahrungen, die von gewiegten Praktikern bei dieser Gelegenheit mitgetheilt wurden, stellen den Zustand des bairischen Civilrechtes als eine babylonische Verwirrung dar, die Unhänglichkeit, welche die Einzelnen an ihr Partikularrecht haben, wird dadurch aufgewogen, daß sehr Viele das letztere nicht einmal kennen, ehe sie die Kanzlei des Anwaltes betreten; denn es wurden 90 solcher Rechte constatirt. Auch gegen die Gefahren, die durch ein gemeinsames Civilrecht der bairischen Justizhoheit drohen sollen, konnte die Thatsache eingewendet werden, daß selbst zu Bundestagszeiten ein gemeinsames Handels- und Wechselrecht geschaffen wurde und daß alle theilhaftigen Staaten nur die Wohlthat nicht die Beschränkung einer solchen Rechtsgemeinschaft empfanden. In diesem Sinne sprach sich dann auch der bairische Justizminister aus, der doch in Berlin noch mit der größ-

ten Reserve aufgetreten war; er erklärte offen, daß er früher gegen die gemeinsame Gesetzgebung gewesen sei, weil er einen regellosen Erlaß von Specialgesetzen befürchtete; so aber wie die Sache jetzt nach den Erklärungen Delbrück's liege, könne er nur wünschen, daß Baiern nicht zur unfruchtbaren Verneinung verurtheilt werde, er müsse die deutsche Rechtseinheit geradezu als die „idealfte Frucht“ der wiedergewonnenen politischen Einheit betrachten.

Mit 77 gegen 74 Stimmen nahm die Kammer den Antrag, wie er ursprünglich gestellt war, an; die bairische Regierung aber kann in Berlin jetzt eine nationale Rechtspolitik befolgen, ohne daß sie sich vor den Angriffen im eigenen Hause zu fürchten hätte. Der Tag war von principieller Bedeutung.

Unter den ersten Vorlagen, die dem Landtage zgingen, befand sich selbstverständlich auch das Budget, das diesmal nahezu mit 121 Millionen balancirt. Die Debatten über die einzelnen Positionen werden ohne Zweifel sehr heftig und ebenso interessant werden, an dieser Stelle seien uns nur einige allgemeine Bemerkungen gestattet. Vor allem ist es für die Finanzlage Baierns ein rühmliches Zeugniß, daß trotz der bedeutenden Mehrausgaben keine Steuererhöhung nöthig wird, da das gesteigerte Erträgniß der indirecten Auflagen und die Verminderung der Staatsschuld in Betracht kommen; sodann wird es von allen Seiten willig aufgenommen, daß die Beamtengehälter und die geringeren Pensionen wenigstens einige Verbesserung erfahren. Zwei und eine halbe Million dienen diesem Zwecke. Wie man hört, würde der Kriegsminister einen außerordentlichen Credit von ca. 20 Millionen fordern, zumeist um Verbesserungen der Artillerie herbeizuführen; die Deckung desselben sollte jedoch aus der französischen Contribution geleistet werden, über deren Verwendung ebenfalls wichtige Aufschlüsse erwartet werden.

Obwohl der Schwerpunkt der parlamentarischen Thätigkeit diesmal naturgemäß in der Berathung des Budgets liegt, so werden doch auch andere principielle Punkte in Menge dazwischen treten, die der täglichen Debatte oft einen akuten Charakter geben dürften. Dahin rechnen wir vor allem die kirchenpolitischen Fragen, unter denen eine im Vordergrunde steht, nämlich die Anerkennung des Bischofs Reinkens. Vielleicht ist die Angelegenheit entschieden, bis diese Zeilen vor dem Leser liegen; wahrscheinlich aber ist dies nicht, da es sich in der That um äußerst verwickelte Controversen handelt; die als solche allein schon ihr allgemeines Interesse haben.

In Preußen ist das Rechtsverhältniß der Bischöfe auf dem Verwaltungswege geordnet (durch die bekannte Circumscriptionsbulle unter Friedrich Wilhelm III.) und dort hat es somit kaum eine Schwierigkeit, dem rite gewählten

Bischof die königliche Anerkennung gerade so mitzutheilen, wie sie seiner Zeit an Melchers oder Förster mitgetheilt ward.

In Baiern aber besteht ein Concordat, das die Eintheilung und die Zahl der Diöcesen, sowie die rechtliche Stellung der 8 Landesbischöfe normirt, und wenn dies Concordat auch als völkerrechtlicher Vertrag mit dem 18. Juli 1817 hinfällig wurde, so existirt es doch noch immerhin als Bestandtheil der Verfassung, in die es feierlich aufgenommen ward und aus der es nur auf verfassungsmäßigem Wege entfernt werden kann.

Darf die Regierung in die Reihe der bestehenden Bischöfe einen neuen gleichberechtigten einführen, ohne die Verfassung zu verletzen, oder ist sie dadurch salvirt, daß ja den übrigen acht von ihrer Jurisdiction und ihrem Gehalte nicht das mindeste entzogen wird; ist der Sinn der bezüglichen Bestimmung nur der, daß die 8 Bisthümer in keinem Falle vermindert oder auch daß sie in keinem Falle ergänzt und vermehrt werden dürfen? Wie aber sollte auch ein Missionsbischof, der außerhalb Baierns seinen Wohnort und seine Besoldung nimmt, als eigentlicher neunter bairischer Bischof betrachtet werden, der durch sein Auftreten das bisherige Diöcesanverhältniß schmälern könnte? Doch wenn dies alles kein absolutes Hinderniß der Anerkennung bietet, so sind doch die praktischen Folgen derselben ganz ungenügend, solange noch die geistliche Ehegerichtsbarkeit in Baiern besteht, denn für eine von einem altkatholischen Priester eingesegete Ehe gäbe es eben kein anderes Forum, als das bischöfliche Ordinariat, das eine solche Ehe kurzweg für nichtig erklären würde. Ein anderes Forum zu schaffen, wäre aber nur mit Hilfe einer Kammermajorität möglich, die dafür nicht zu erlangen ist, so wenig, wie dafür, die Altkatholiken als eine selbständige öffentliche Religionsgesellschaft zu betrachten, wie es seinerzeit mit den Bekennern der griechischen Confession geschah. Ein solcher Plan würde schon an dem eigenen Refus derselben scheitern, denn sie wollen nun einmal mit Recht nur als Mitglieder der katholischen Kirche und nicht als selbständige Genossenschaft betrachtet werden. Es liegt somit ein Nothstand vor, der ohne Zweifel seine befriedigende Lösung finden muß, wenn die zur Entscheidung berufene Commission ihre Aufgabe unter dem großen staatsrechtlichen Gesichtspunkt betrachtet, der in Fragen des öffentlichen Rechts eben doch der einzig richtige ist. Sonst würden diejenigen, die der Verfassung treu geblieben sind, von dem Rechtsschutz derselben ausgeschlossen, zu Gunsten der infalliblen Bischöfe, die mit dem Placet die Verfassung verletzt haben. Summum jus summa injuria.

Wie aber auch die Entscheidung fallen möge, jedenfalls sind die Altkatholiken Baierns schon jetzt so stark, daß sie ihre Sache geistig und materiell mit nachhaltiger Kraft vertreten werden — ja sogar eine Abweisung Meinkens?

würde ihnen vielleicht in letzter Reihe nur förderlich sein. Was ihren Aufschwung hemmte, war einzig und allein die zögernde und laue Politik des Ministeriums, bei energischer Förderung oder bei energischem Widerstand hätten sie gleichmäßig gewonnen. Wie man vernimmt, sollen die öffentlichen Versammlungen während des Winters in erweitertem Maßstab fortgesetzt und durch interessante Vorträge ergänzt werden, desgleichen steht ein neuer Zuwachs an altkatholischen Priestern in Aussicht.

Wir haben versucht, in den vorstehenden Zeilen ein kurzes Resumé der wichtigsten Interessen zu bieten, die Baiern gegenwärtig bewegen; sie zu erschöpfen, war in diesem Rahmen unmöglich. Es bleibt die Frage offen, wie sich das Stimmenverhältniß der Kammer im Verlaufe der Session entwickelt, welche Constellation sich für die Reichstagswahlen ergibt, wie das Ministerium sich den bevorstehenden Stürmen gegenüber befestigt oder lockert. Darüber in unserm nächsten Berichte.

E.

Vom preussischen Landtag.

Berlin, den 16. November 1873.

Es könnte zweifelhaft sein, womit der Berichterstatter über die eben begonnene neue Legislaturperiode des preussischen Landtags den Anfang machen soll. Man könnte anfangen mit den Wahlen und ihrem Ergebnis. Die Wahlbewegung hat diesmal zu interessanten und namentlich zu einigen neuen Beobachtungen Gelegenheit gegeben. Das Wahlergebnis könnte seinerseits nicht minder zu Betrachtungen und Mahnungen Anlaß geben. Ich übergehe jedoch diese beiden Punkte mit dem Vorbehalt, auf dieselben bei besonderer Veranlassung zurückzukommen, an der es nicht fehlen wird. Wenden wir uns zur Thronrede. Dieselbe kündigt zuerst Vorlagen an zur Erweiterung der Verkehrsmittel, an welche sich die Mittheilung des Berichts der Eisenbahn-Untersuchungs-Commission schließen soll nebst einem Gesetzentwurf zur Beseitigung der Uebelstände, welche sich bei dem bisherigen Verfahren in der Ertheilung der Eisenbahn-Concessionen gezeigt haben.

Eine zweite Reihe von Vorlagen betrifft das Rechtsgebiet im engeren Sinne und enthält den Entwurf einer neuen Vormundschaftsordnung und den Entwurf eines Expropriationsgesetzes.